

# Hartz IV Armutszeugnis deutscher Sozialpolitik

**Matthias Bärwolff: Langzeitstudie Jenaer Arbeitssoziologen belegt fatalen Folgen**

**Zu den Ergebnissen einer Langzeitstudie der Arbeitssoziologen der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Anfang August über Thüringen hinaus Schlagzeilen machte unter Überschriften, wie „Hartz IV wirkt für Betroffene wie ein Stigma“, erklärte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:**

„Das Hartz-IV-System schadet den Betroffenen und unterhöhlt die Arbeitsbedingungen derjenigen, die erwerbstätig sind. Die jetzt vorgelegte Studie von Prof. Klaus Dörre und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigt dies deutlich und bestärkt DIE LINKE in ihrem Kampf gegen Hartz IV und für eine sanktionsfreie und existenzsichernde Grundsicherung für alle Menschen“, betonte Matthias Bärwolff (s. Foto).

Die Studie belegt eindrücklich, dass Menschen unter dem Vorzeichen von Hartz IV eher drangsaliiert, denn aktiviert werden. Prof. Klaus Dörre fordert deshalb, aus Sicht der LINKEN zu Recht, mehr Perspektiven durch öffentliche Beschäftigung statt Sanktionen.

„Dauernder Druck und Strafen sind pädagogische Werkzeuge des 19. Jahrhunderts. Dass diese nun gerade bei Langzeitarbeitslosen mit oft vielfältigen Problemlagen im 21. Jahrhundert greifen sollten, war für diejenigen, die tagtäglich mit den Betroffenen zu tun haben, von Anfang an ausgeschlossen. Daran haben auch mehr als 40 Gesetzesnovellen nichts geändert, im Gegenteil, es wurden die Leistungen immer weiter zusammengestrichen. Positive Motivation, angepasste Arbeitsangebote und Unterstützung sind aus unserer Sicht die vielversprechenden Alternativen“, schlussfolgerte der LINKE Sozialpolitiker.

Matthias Bärwolff verwies nochmals ausdrücklich auf den Gesamtkontext von Hartz IV, wie er seitens der Jenaer Arbeitssoziologie auch seit Jahren herausgearbeitet wird: „Hartz IV hat auf dem Arbeitsmarkt eine Kultur der Angst erzeugt und damit den Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung nach dem Motto ‚Lieber irgendeinen Job als Hartz IV‘ beflügelt. Damit wurde die größte Lohnsenkungsspirale in



der bundesdeutschen Geschichte losgetreten und der Sozialstaatskompromiss aufgekündigt. DIE LINKE war die einzige Partei, die sich dem immer entgegenstellt hat und wird das auch weiterhin tun.“

In einem Interview der Agentur dpa mit Prof. Klaus Dörre sagte dieser u.a.: „Den Hartz-Reformen liegt das Bild zugrunde der faulen, passiven Langzeitarbeitslosen, die es sich in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem machen. Das können wir nicht feststellen. Das Gros der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten im Leistungsbezug ist von sich aus aktiv. Die Aktivierungsbemühungen gehen an ih-

nen vorbei und nutzen ihnen wenig bis gar nichts. Es gibt lediglich eine kleine Gruppe mit einem Anteil von acht bis zehn Prozent der Leistungsbezieher, die nicht mehr kann und nicht mehr will. Bei ihnen kann man auch mit Sanktionen nicht viel bewirken. Deswegen ist ein solch teurer Überwachungsapparat unsinnig. Eine reiche Gesellschaft muss so eine Gruppe aushalten.“

**Die Studie ist als Buch im Campus-Verlag erschienen**

Das Buch von Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth, Tine Haubner, Kai Marquardsen, Karen Schierhorn „Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivieren der Arbeitsmarktpolitik“ ist im Campus-Verlag Frankfurt erschienen. Dazu heißt es auf der Verlagsseite im Internet: „Die neuere Arbeitsmarktpolitik will Erwerbslose aktivieren, indem sie ihnen Bewährungsproben auferlegt. Die empirische Studie untersucht Erwerbsorientierungen und Handlungsstrategien der Betroffenen in Ost- und Westdeutschland. Dabei zeigt sich, dass von fehlendem Aufstiegswillen und mangelnder Arbeitsmoral keine Rede sein kann. Stattdessen erzeugt Hartz IV ein Wettbewerbssystem, das diszipliniert und zugleich stigmatisiert. Auf Seiten der Leistungsempfänger provoziert das eigenwillige Überlebensstrategien.“

Die qualitative Untersuchung wurde in drei Wellen von 2006 bis 2012 durchgeführt. Dabei wurden rund 200 Interviews mit Empfängern von Arbeitslosengeld II geführt. Hinzu kamen weitere Befragungen von Experten aus Arbeitsverwaltungen, Maßnahmeträgern, Selbsthilfegruppen und Verbänden. Hinzugezogen wurden zudem Daten aus anderen Befragungen von Untersuchungen.

**VON A BIS Z:**

## Landesseniorenrat

Die familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Margit Jung, fordert die Landesregierung auf, der Seniorenarbeit in Thüringen endlich den Respekt zu zollen, der ihr gebührt: „Das Gesetz zur Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren ist seit über einem Jahr in Kraft und seitdem liegt die Landes-seniorenarbeit auf Eis.“ Die Abgeordnete hat sich mit einem persönlichen Brief an Sozialministerin Heike Taubert gewandt und diese aufgefordert, den Landesseniorenbeirat bis spätestens 30. September einzuberufen: „Rechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen umgesetzt werden. Solange der neu zu installierende Landesseniorenrat noch nicht zusammenkommen kann, ist der Landesseniorenbeirat noch im Amt.“ Obwohl in dessen Satzung festgelegt ist, dass er zweimal jährlich zusammenzutreten hat, hat die Landesregierung noch zu keiner einzigen Sitzung geladen. Dies sei eine Missachtung der ehrenamtlich tätigen Seniorinnen und Senioren in diesem Land. „Damit wird die inhaltsleere Schaufensterpolitik der Landesregierung fortgesetzt, die in ihrem Seniorenmitwirkungsgesetz keinerlei Verbindlichkeiten formuliert hat“, sagte Margit Jung. Es sei somit auch kein Wunder, dass es in vielen Kommunen nach wie vor keine Beauftragten oder Beiräte gebe.

Die Ministerin soll im Landesseniorenbeirat u.a. zum Einsatz des für Seniorenarbeit bereitgestellten Geldes, das nicht zurückgehalten werden dürfe, berichten.

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. September statt.

### Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr statt zu dem üblichen Tag der offenen Tür zu einem Bürgerfest ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, im und vor dem Landtag in Erfurt statt. Die LINKE hält ein vielfältiges Informationsangebot bereit.

**Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:**

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Anschlag

Zur Sprengung des Briefkastens seines Wahlkreisbüros in Mühlhausen durch bisher unbekannte Täter, hatte MdL Jörg Kubitzki am 31.7. erklärt: „Es handelte es sich offenbar um einen zielgerichteten Anschlag, den ich nicht nur als Angriff auf mich persönlich, sondern auf meine Tätigkeit als Parlamentarier bewerte. Damit zielen die Täter auch auf die Demokratie insgesamt.“ Büros des LINKE Abgeordneten, der im Landtag den Europaausschuss leitet, waren bereits in der Vergangenheit mehrfach Ziel von Attacken, zuletzt im Januar 2013 in Bad Langensalza. Jedoch steht für Jörg Kubitzki fest: „Ich lasse mich nicht einschüchtern! Das Büro bleibt Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger!“

## TIZIAN

Die „Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit“ (TIZIAN) ist ein wichtiges Projekt, um Menschen, und vor allem auch Alleinerziehenden, die in sozial schwieriger Lage sind, zu helfen. Die LINKE begrüßt deshalb, dass das Sozialministerium TIZIAN auch in der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 fortführen möchte und dies mit einer eigenen Richtlinie abzusichern gedenkt. „Es stellt sich aber die Frage, ob die Nutzung des Europäischen Sozialfonds tatsächlich die notwendige Dauerhaftigkeit und Sicherheit für das Programm bietet, die eine solche Thematik braucht“, sagte MdL Matthias Bärwolff und kündigte an, dass die LINKE bei TIZIAN weiter am Ball bleibt.

## Leistungsschutzrecht

Zum am 1. August in Kraft getretenen Leistungsschutzrecht erklärte MdL Katharina König: „Es erweist sich als innovations- und kulturfeindlich und entpuppt sich als Werkzeug einer fortschreitenden Medienmonopolisierung. Die Auswirkungen des Gesetzes sind so vielfältig wie verheerend. Die ersten kleineren Anbieter von Informationsservices haben ihre Dienste bereits eingeschränkt. Für die Verbraucher stellt dies gerade keine Sicherung des Qualitätsjournalismus, sondern eher eine erhebliche Verschlechterung der im Internet erwartbaren Leistungen dar. Neuartige Wege zum Geldverdienen mit journalistischer Arbeit im Internet werden durch das Gesetz nicht gefördert, sondern gefährdet.“